

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE**Transformation erfolgreich gestalten**

Die Transformation des Stahlwerkes und seiner Produktionsprozesse hin zu „grünem“ Stahl ist für das Land Bremen mehr als ein Signal in Richtung Klimaneutralität. Es ist die Chance, unseren Wirtschafts- und Industriestandort in die Zukunft zu führen. Denn ein starkes, klimaneutrales Stahlwerk sichert nicht nur gewachsene industrielle Wertschöpfungs- und Beschäftigungsketten – Stahl ist ein unverzichtbares Vorprodukt unter anderem für die Automobilindustrie, die Bauindustrie und den Energiesektor –, sie kann darüber hinaus zu einem Magneten für die Ansiedlung weiterer Unternehmen im Land werden. Verbunden mit der Förderung und dem Aufbau einer echten Wasserstoffwirtschaft besteht die Chance, Bremen und Bremerhaven noch im laufenden Jahrzehnt zu „Hotspots“ einer neuen Technologie zu machen. Beides ist aber kein Selbstzweck, denn am Ende geht es immer darum, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Mit der Transformation des Stahlwerks geben wir daher auch den Beschäftigten ein Versprechen: Wir werden die Arbeitsplätze sichern und gute Löhne erhalten. Dafür gilt es, jetzt die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen!

Die Transformation der bremischen Wirtschaft endet jedoch nicht am Stahlwerk. Sie braucht Fläche für neue und Entwicklungsperspektive für bereits bestehende Unternehmen im Land Bremen: Aus diesem Grund müssen parallel zum Umbau des Stahlwerks von den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, gegebenenfalls mit Unterstützung des Landes, marktgängige Gewerbe- und Industrieflächen für neues Gewerbe geschaffen, das heißt ausgewiesen, beplant und erschlossen werden. Jetzt ist der Zeitpunkt, um Gewerbeflächen schneller und effizienter zu entwickeln als je zuvor. Hierfür schaffen der Koalitionsvertrag „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“ der laufenden Legislaturperiode sowie das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 die notwendigen politischen Voraussetzungen. Nun ist es an der Zeit, dies mit einem Gewerbeflächenfortprogramm zu konkretisieren und umgehend mit der Planung und Erschließung zu beginnen beziehungsweise bereits beschlossene oder laufende Erschließungsmaßnahmen zu beschleunigen.

Transformation braucht politische Stabilität und sichere Entscheidungsgrundlagen. Damit Unternehmen einen Anreiz haben, sich im Land Bremen anzusiedeln und am Standort zu investieren, brauchen sie – neben einer hervorragend ausgebauten Infrastruktur, einer sicheren Energieversorgung, qualifizierten Arbeitskräften und einer funktionierenden, serviceorientierten öffentlichen Verwaltung – wettbewerbsfähige Standortkosten. Ein Beitrag dafür ist ein Verzicht auf Erhöhungen bei den Gewerbesteuerhebesätzen mindestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode. Das schafft Planungssicherheit und hilft, Abwanderung in das Umland zu vermeiden beziehungsweise zu begrenzen.

Transformation braucht nicht zuletzt neue, innovative Finanzierungs- und Partizipationsmöglichkeiten für private Geldanleger: Eine über die Bremer Aufbau-Bank ausgegebene Klima-Anleihe kann ein Weg sein, mit dem private Investoren die öffentliche Hand dabei unterstützen, durch rentable Investments den Weg in eine klimafreundliche Zukunft („Green Bonds“) ohne weitere Staatsverschuldung zu meistern. Dies können zum Beispiel Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung, zur Installation von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, zum Ausbau der Wärmenetze oder zur Beschleunigung der Verkehrswende sein. Ein solches Finanzierungskonzept kann zu einer Win-win-Situation für die beteiligten Akteure werden und weitere Impulse für einen starken, klimaneutralen Wirtschafts- und Industriestandort Bremen aussenden. Es muss daher zügig im Hinblick auf Realisierbarkeit und Umsetzung geprüft und entscheidungsreif aufbereitet werden.

Das Ziel dieser wirtschaftsfördernden Maßnahmen ist es, die Kosten des neu zu schaffenden Sondervermögens möglichst schnell durch eine höhere Wirtschaftskraft, eine höhere Beschäftigung und höhere Steuereinnahmen zurückzuzahlen und den nächsten Generationen eine klimaneutrale Zukunft und solide Finanzen gleichermaßen zu bieten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Entwicklung, das heißt Planung und Erschließung, von Gewerbe- und Industriegebieten mit einer Fläche von mindestens 60 Hektar bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Transformation und Stärkung der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven ist. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in der laufenden Legislaturperiode entsprechende Erschließungsmaßnahmen für Gewerbe- und Industrieflächen einzuleiten und der Fachdeputation jährlich spätestens drei Monate vor Beratung des Sondervermögensausschusses über die Fortführung des Sondervermögens einen Bericht über die Maßnahmen vorzulegen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine Begrenzung der Gewerbesteuerhebesätze in der jetzigen Höhe mindestens bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode für notwendig.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Prüfung zur Einführung einer über die Bremer Aufbau-Bank ausgegebenen Klima-Anleihe bis zum 1. Quartal 2025 abgeschlossen ist. Sie bittet die zuständigen Ausschüsse und Deputationen darum, diesen Zeitplan in ihrer Arbeitsplanung für das Jahr 2025 zu berücksichtigen und fordert den Senat auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen schriftlichen Zwischenbericht über die bislang unternommenen Prüfungsschritte und gewonnenen Erkenntnisse dem Sondervermögensausschuss und der zuständigen Fachdeputation vorzulegen.

Theresa Gröninger, Martin Michalik, Jens Eckhoff, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU

Arno Gottschalk, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Philipp Bruck, Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion
DIE LINKE